



TOP II Psychische Erkrankungen: Versorgung aus ärztlicher Sicht

Titel: Gegen Speicherung der Daten psychisch Kranker

Entschließungsantrag

Von: Prof. Dr. Alexandra Henneberg als Abgeordnete der Landesärztekammer
Hessen
Dr. Klaus König als Abgeordneter der Landesärztekammer Hessen
Michael Thomas Knoll als Abgeordneter der Landesärztekammer Hessen
Dr. Wolf Andreas Fach als Abgeordneter der Landesärztekammer Hessen
Dr. Peter Zürner als Abgeordneter der Landesärztekammer Hessen
Dr. Gabriel Nick als Abgeordneter der Landesärztekammer Hessen
Yvonne Jäger als Abgeordnete der Landesärztekammer Hessen

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:

Der 121. Deutsche Ärztetag 2018 lehnt eine gesonderte Speicherung der Daten psychisch Kranker entschieden ab! Die deutsche Ärzteschaft fordert die Bundesregierung sowie die Landesregierungen auf, entsprechende Gesetzesvorhaben zu stoppen oder bereits getätigte Vorlagen zurückzunehmen.

Begründung:

In einigen Landesärztekammern wurden in letzter Zeit Forschungsvorhaben zu den Greuelthaten des Nationalsozialismus in unserem Land durchgeführt. Wir sehen eine drohende Entwicklung in die falsche Richtung, wenn erneut Untergruppen von Patientinnen und Patienten gesondert erfasst und damit diskriminiert werden. Dies widerspricht der von uns seit Jahren durchgeführten Gleichstellung von psychisch und somatisch Kranken in besonderem Maße.

In beiden deutschen Staaten wurde die Gleichbehandlung von psychisch Kranken mit somatisch Kranken bereits in den 60er und 70er-Jahren gefordert und entsprechende Veränderungen der Versorgungssysteme auf den Weg gebracht (Rodewischer Thesen, Psychiatrie-Enquete). Eine Speicherung von Daten, die psychisch Kranke diskriminieren und in ihrer Lebensgestaltung einschränken, widerspricht nicht nur dem Datenschutz, sondern auch dem Gleichbehandlungsgesetz.

Darüber hinaus entbehrt der Generalverdacht, dass untergebrachte Patientinnen und Patienten ein besonders hohes Gewaltisiko für die Allgemeinheit darstellen, einer wissenschaftlichen Grundlage. Psychisch erkrankte Menschen sind viel häufiger Opfer von

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0

ANGENOMMEN



Gewalttaten, als dass sie solche selbst begehen. Unzählige Studien und Statistiken belegen, dass von ihnen generell keine erhöhte Gefahr ausgeht. Zwischenmenschliche Gewaltanwendungen sind ganz überwiegend auf Menschen zurückzuführen, die nicht an einer psychischen Erkrankung leiden. Nur äußerst selten können bestimmte Krankheitsbilder in Verbindung mit besonderen Einflussfaktoren, wie insbesondere Alkohol- und Drogenmissbrauch, männliches Geschlecht und frühe eigene Gewalterfahrung, zur Gewalttätigkeit führen. In diesen Einzelfällen ist eine frühzeitige gründliche Diagnostik und engmaschige Behandlung besonders wichtig. Eine Stigmatisierung durch Aufnahme in eine Gefährderdatei würde aber gerade dazu führen, dass die Betroffenen ihre Erkrankung verbergen und ebene keine - oder erst sehr spät oder nur sporadisch - psychiatrisch psychotherapeutische Hilfe in Anspruch nehmen.

ANGENOMMEN